



Familienbund der Katholiken im Erzbistum Berlin / Reinhardtstraße 13 / 10117 Berlin

Ministerium für Umwelt,
Gesundheit und Verbraucherschutz
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

15.09.2011

Stellungnahme des Familienbundes der Katholiken zum Entwurf der Verbraucherpolitische Strategie des Landes Brandenburg

Sehr geehrter Herr Remde,

mit großem Interesse haben wir Ihren Entwurf einer verbraucherpolitischen Strategie zur Kenntnis genommen. Aus unserer Sicht ist Verbraucherpolitik auch immer Familienpolitik und muss ressortübergreifend begriffen werden.

Aus Familienverbandssicht wollen wir einige weitere Anregungen geben:

1. Zum Problem der liberalisierten Märkte

Die Privatisierung der **Energieversorger** hat leider nicht zu mehr Transparenz und Wettbewerb geführt. Der Anteil der Energiekosten an den privaten Konsumausgaben beträgt bei Familien mit geringem Einkommen ca. 18%. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, für einen transparenten Wettbewerb zu sorgen. Andererseits muss auch im Bereich der Verbraucherbildung verstärkt auf Anreize zum Energiesparen verwiesen werden. hier sei beispielhaft das Projekt [Stromspar-Check](#) des Deutschen Caritasverbandes und des Verbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen genannt.

Auch das System **Gesundheitsmarkt** krankt an fehlender Transparenz. Wohnortnaher Zugang zu medizinischer Grundversorgung muss gewährleistet sein. Anreizsysteme für eine Ungleichbehandlung durch Krankenkassen oder Ärzte sind abzubauen.

2. Gefahr des finanziellen Abseits

Es muss gelten, dass alle Verbraucher einen **fairen Zugang zu Basisdienstleistungen** haben. Dazu gehört zum Beispiel ein kostenloses Girokonto.

Bei allen Finanzprodukten sind dem Kunden auf einem **Produktinformationsblatt** alle Schlüsselinformationen vergleichbar und verständlich bereitzustellen.

3. Kinder und Jugendliche

Verbraucherbildung muss verbindlich **an allen Schulen** erfolgen. Dazu gehört insbesondere Ernährungsbildung, gesundheitsbezogene Bildung, (haus)wirtschaftliche- und finanzielle Allgemeinbildung sowie Medienbildung. Dazu ist kein neues Unterrichtsfach notwendig, aber verbindliche Lehrinhalte innerhalb des bestehenden Fächerkanons. Ziel ist das Erlernen eines **Konsum-ABC's**, damit z.B. Jugendliche nicht nur einen Handyvertrag abschließen können, sondern auch wissen, welche Fallstricke sich dahinter verbergen können.

4. Selbstbestimmtes Leben im Alter

Pflegende Angehörige benötigen mehr Unterstützung. Sie benötigen insbesondere einen durchsetzbaren **gesetzlich verbindlichen Anspruch auf** Gewährung von **Familienpflegezeit**.

5. Mehr Beratung

Für eine qualitativ und quantitativ gute Beratung ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale notwendig. Ziel sollte es sein, Kapazitäten zu schaffen, die es ermöglichen, **20% der Bürger einmal im Jahr eine Beratung** zu ermöglichen.

Mit einer Veröffentlichung der Stellungnahme sind wir einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Hermann-Josef Hass
Vorsitzender



Matthias Milke
Geschäftsführer